

## 11. Sitzung

Mittwoch, 27. September 2000, 8.30 Uhr  
im Kantonsratssaal

Vorsitz: Bernhard Stöckli, Präsident  
Protokollführung: Fritz Brechbühl, Ratssekretär  
Redaktion: Gertrud Lutz Zaman, Bern

Anwesend sind 122 Mitglieder. Abwesend mit Entschuldigung: Claude Belart, Reiner Bernath, Thomas Brunner, Ursula Deiss, Thomas Fessler, Urs W. Flück, Rolf Gilomen, Urs Grütter, Theo Heiri, Hugo Huber, Theo Kocher, Kurt Küng, Ruedi Nützi, Christoph Oetterli, Vreni Probst, Iris Schelbert, Elisabeth Schibli, Stephan Schöni, Markus Straumann, Elisabeth Venneri, Walter Winistörfer, Stefan Zumbunn. (22)

---

139/2000

### **Begrüssung und Mitteilungen des Kantonsratspräsidenten**

*Bernhard Stöckli*, Präsident. Liebe Anwesende, ich begrüsse Sie zum zweiten Sitzungstag unserer Sonder-Session. Erklärtes Ziel ist, das SO<sup>+</sup>-Paket heute zu verabschieden, auch wenn es bis abends 20 Uhr dauert. Es liegt an Ihnen, indem Sie sich in Ihren Voten so mässigen, dass wir einigermaßen zur Zeit fertig werden.

---

137/2000

### **Wahl eines Mitglieds der Justizkommission**

(anstelle von Martin Straumann, SP)

Gewählt wird mit offenem Handmehr Urs Huber, SP.

---

149/2000

### **Wahl eines Mitglieds der erweiterten Justizkommission**

*Bernhard Stöckli*, Präsident. Nun gilt es noch ein Mitglied in die erweiterte Justizkommission zu wählen. Nominiert ist Lilo Reinhart.

Gewählt wird mit offenem Handmehr Lilo Reinhart, SP.

---

117/2000

**SO\*: Massnahmen zur Reformierung der staatlichen Tätigkeiten und zur Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts**

(Weiterberatung, siehe S. 355)

*Bernhard Stöckli*, Präsident. Wir sind bei Massnahme 12 stehen geblieben. Nach der Abstimmung wurden noch Anträge von Stephan Jäggi und von Frau Landammann Ruth Gisi eingereicht. Frau Landammann hat ihren Antrag zurückgezogen.

*Andreas Bühlmann*, Präsident der Finanzkommission. Ich kann nur wiederholen, was ich gestern sagte: Nachdem die Massnahme aus dem Paket herausgefallen ist, muss über diesen Antrag nicht abgestimmt werden. Die Frage kann später in der Budgetdiskussion behandelt werden. Ich empfehle Stephan Jäggi, den Antrag zurückzuziehen und sein Anliegen später wieder einzubringen.

*Stephan Jäggi*. In unserer Gemeinde können wir auch im Lauf des Jahres budgetrelevante Sachen beschliessen, seien es Steuern oder Geschäfte, die im Budget berücksichtigt werden müssen. Ich weiss nicht, weshalb dies hier nicht auch gehen soll, denn jetzt ist das Feuer noch heiss. Ich hätte heute gerne darüber diskutiert.

*Bernhard Stöckli*, Präsident. Natürlich kann man jetzt über den Antrag diskutieren und abstimmen, aber anlässlich der Budgetbehandlung wird die Sache erneut auf den Tisch kommen. Wir würden also jetzt eine Übung machen, die wir im November wiederholen müssten.

*Stephan Jäggi*. In Anbetracht der Traktandenliste und des wichtigen Geschäfts ziehe ich den Antrag zuhänden der Budgetberatung zurück.

*Bernhard Stöckli*, Präsident. Ich danke. Damit ist Massnahme 12 erledigt.

**Massnahme 13**

Leistungsauftrag/Globalbudget Mittelschulen

*Stefan Ruchti*. Die FdP/JL-Fraktion hat sich seit längerer Zeit für eine flächendeckende Einführung von Globalbudgets und Leistungsauftrag ausgesprochen. Deshalb unterstützen wir die Massnahme 13. Nachdem die Präsidenten der beiden Rektorenkonferenzen wie auch die Amtsvorsteher die Machbarkeit ganz klar unterstützen, wäre es kontraproduktiv, die Schulen und Amtsstellen in ihrem Vorhaben zu hindern. Insbesondere da sie überzeugt sind, dass sie über Leistungsauftrag und Globalbudget organisatorische Veränderungen einleiten und nachhaltig umsetzen und gleichzeitig noch 5 Prozent einsparen können. Unter dem Aspekt möglicher Effizienzsteigerung sowie der Qualitätssicherung bzw. Optimierung können wir diese Massnahme unterstützen. Wir sind überzeugt, dass auch in Zukunft die Chancengleichheit an den Mittelschulen wie auch an den übrigen Schulen gewährleistet ist, indem man bei massiv ansteigenden Schülerzahlen entsprechende Korrekturen über Globalbudget oder Leistungsauftrag machen kann.

*Oswald von Arx*. Auch die SVP-Fraktion stimmt der Massnahme 13 einstimmig zu. Die Einsparung von 5 Prozent scheint uns realistisch und vernünftig, ebenso die Autonomisierung und die Einführung von Globalbudget und Leistungsauftrag.

**Abstimmung**

Für Annahme der Massnahme 13

Dagegen

Grosse Mehrheit

2 Stimmen

## Massnahme 14

## Autonome Gestaltung der Pädagogischen Fachhochschule

*Stefan Ruchti.* Nachdem wir der Massnahme 13 zugestimmt haben, muss auch diese Massnahme angenommen werden, sonst wäre es kontraproduktiv.

*Ursula Grossmann.* Die Schaffung einer pädagogischen Fachhochschule ist ein klassisches Beispiel dafür, wie der Kanton Solothurn in einem Bildungsbereich Spitzenqualität erreichen könnte. Dass man diesen Schritt nicht allein machen soll, ist für uns selbstverständlich. Es erhöht die Qualität in der Ausbildung der Lehrkräfte. Das wünschen auch wir. Aber dass man auch noch gerade 1 Mio. Franken spart, leuchtet uns nicht ein, dem können wir nicht zustimmen.

## Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 14

Grosse Mehrheit

## Massnahme 15

## Anpassung des Vertrages mit Gymnasium Laufental-Thierstein

*Hanspeter Stebler.* Die FdP/JL-Fraktion stimmt dieser Massnahme grossmehrheitlich zu. Entscheidend für uns und für mich als Thiersteiner ist, dass der Zugang der Schüler aus unserem Bezirk ans Gymnasium Laufen weiterhin gewährleistet ist. Die Frage stellt sich, ob die Massnahme überhaupt in dieses Paket gehört, denn der Spareffekt ist offen.

*Rolf Grütter.* Ich rede nur in meinem Namen. Ich bin an diesem Gymnasium angestellt, sollte also nicht zu dieser Sache reden. Trotzdem möchte ich zwei Aspekte vorbringen. Als Lehrer an diesem Gymnasium meine ich, uns könne nichts Besseres passieren, wenn der Kanton Solothurn sich verabschiedet. Der Kanton Baselland hat nämlich genug Geld für die Schulen. Ich bin aber auch Einwohner des Kantons Solothurn und gewählt vom Bezirk Thierstein. Aus dieser Sicht ist eine Passage der ursprünglichen Fassung nicht nur mir, sondern auch andern Thiersteinern in die Nase gestochen. In der ursprünglichen Fassung stand: «Es ist nicht nötig, dass der Kanton Solothurn in die Trägerschaft miteingebunden ist.» Wir reden von einem Staatsvertrag – für alle 60 Massnahmen ist dies vertraglich gesehen die höchste Ebene –, von einem Vertrag zwischen zwei Kantonen. Das Gymnasium entstand, weil sich die Bezirke Thierstein, damals solothurnisch, und Laufenthal, damals bernisch, in der Bildungslandschaft aus verschiedenen Gründen benachteiligt fühlten. Anfang der 60er Jahre hatte der Bezirk Thierstein eine Maturandenquote von unter 2 Prozent und damit eine der absolut tiefsten in der Schweiz. Das Gemeinschaftswerk der Kantone Bern und Solothurn führte dazu, dass auch im Bildungsbereich in Bezug auf die Ausbildung Richtung Universität im Thierstein und im Laufenthal so etwas wie Chancengleichheit hergestellt werden konnte. Deshalb hat mich die ursprüngliche Fassung der vormaligen Massnahme 48, jetzt Massnahme 15, schon etwas nachdenklich gestimmt. Gegen eine Anpassung des Vertrags kann niemand sein, denn das ist nötig, nachdem sich die Rahmenbedingungen verändert haben. Insofern bin ich sehr froh, dass in der Massnahme 15 der zitierte Satz nicht mehr enthalten ist. Bei einem nächsten Mal sollte man sich überlegen, ob eine solche Massnahme überhaupt in ein derartiges Paket gehört, denn es ist eine ständige Aufgabe des Regierungsrats, Verträge zu überprüfen. Auch sollte die betroffene Region zuerst konsultiert werden, bevor man einen solchen Satz schreibt. Es ist für mich ein typisches Beispiel von technokratischen Experten, die keinerlei Rücksicht auf historisch Gewachsenes und die Gefühle der Bevölkerung nehmen. – Ich stelle keinen Antrag. Mir ist wichtig, dass das eben Gesagte im Protokoll steht.

*Lorenz Altenbach.* Wir reden bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von der Wichtigkeit regionaler und interkantonalen Zusammenarbeit. Mit der Massnahme 15 wird dieser Grundsatz mit Füßen getreten. Am Schluss werden wieder wir die Differenz zu der halben Million, die eingespart werden soll, bezahlen; denn der Kanton Baselland wird die Milchmädchen-Rechnung, die hinter dieser Massnahme steht, nicht durchgehen lassen. Entsprechende Signale wurden bereits ausgesendet. Die Quintessenz wird sein: Wir torpedieren die bisher sehr erfolgreiche interkantonale Zusammenarbeit im Bildungsbereich, die speziell für das Schwarzbubenland überlebenswichtig ist. Und das bei letztlich gleich bleibenden Kosten. Ich bitte Sie, diese unsinnige Massnahme zu streichen.

*Helen Gianola.* Gegen die Anpassung des Vertrags und das Sparen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wie schon mein Vorredner sagte. Die Bildung insbesondere auf der Volksschulstufe, und dazu gehört das Progymnasium, ist eine Kernaufgabe des Staats. Zu Recht reagiert die Bevölkerung empfindlich, wenn an der Bildung gespart wird. Die vorliegende Massnahme zielt darauf ab, Ungleichheiten im Beitragssy-

stem zwischen den Kantonen Baselland und Solothurn auszugleichen. So haben wir zum Beispiel unterschiedliche Schulbeiträge an die Gymnasien Münchenstein, Oberwil und Laufen. Dass hier eine Anpassung angestrebt wird, ist an sich verständlich. Es geht bei Massnahme 15 nicht um die Kürzung eines Bildungsangebots seitens der Regierung, aber die Schulgelder sollen kostengünstiger werden. Auch hiergegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Die Krux liegt aber darin, dass diese Massnahme zu viele Fragen offen lässt und Unsicherheiten mit ihr verbunden sind. Wird es wirklich billiger, ist damit nicht das Risiko verbunden, dass der Kanton Baselland seine Beiträge heraufsetzt statt senkt, dass der Kanton Baselland selber einseitig aus dem Trägerschaftsvertrag aussteigt und wir dann höhere Kosten haben? Wäre ein eigenes Angebot im Thierstein wirklich kostengünstiger? Lässt sich ein reibungsloser Anschluss ans Obergymnasium garantieren, wenn zum Beispiel der Thierstein oder das Schwarzbubenland einen eigenen vierjährigen Gymnasialzug anbieten würden? Beim Gymnasium Laufen handelt es sich um eine qualitativ gute und in der Bevölkerung tief verankerte Schule. Der Trägerschaftsvertrag garantiert die angestrebte kostengünstige und effiziente interkantonale Zusammenarbeit. Er garantiert eine Schulregion. Und Schulregionen werden ja von der Regierung selber vorgeschlagen. Die Massnahme ist das Werk eines Theoretikers. Zu Recht macht er auf ein mögliches Sparpotenzial aufmerksam, lässt dabei aber die politische Akzeptanz ebenso unberücksichtigt wie die Möglichkeit, dass die Massnahme mehr Schaden als Gutes anrichten könnte. Noch mehr verwundert mich, wieso die Regierung nicht schon längst Verhandlungen aufgenommen hat. Die Massnahme im Paket SO<sup>+</sup> weckt immense Ängste, führt zu Unruhen und ist darüber hinaus absolut unnötig. Die Regierung kann, ohne dass wir es heute beschliessen, mit der Regierung des Kantons Baselland Verhandlungen aufnehmen und Abklärungen treffen.

*Ruth Gisi*, Vorsteherin des Erziehungs-Departementes. Die Massnahme sieht vor, in Vertragsverhandlungen mit dem Kanton Baselland einzutreten, selbstverständlich unter dem Aspekt, dass der Zugang der Schüler und Schülerinnen aus dem Schwarzbubenland bzw. dem Thierstein gewährleistet bleibt, weil es sich auch unserer Meinung nach um eine qualitativ hoch stehende Schule handelt. Es wurde gesagt, der Kanton Solothurn sei vorgeprellt. Das stimmt nicht, der Kanton Baselland hat Vertragsverhandlungen verlangt, unter anderem wegen den ungleichen finanziellen Möglichkeiten. Wir sind sehr stark in den Trägerschaftsvertrag eingebunden und können immer nur halb/halb mitfinanzieren, was uns in den Budgetdebatten zunehmend Probleme machte. Deshalb hat der Kanton Baselland reagiert. Wir werden selbstverständlich partnerschaftlich Vertragsverhandlungen aufnehmen. Das heisst nicht, dass wir nachher keinen Vertrag mehr haben; es gibt auch die Möglichkeit, den Trägerschaftsvertrag entsprechend anzupassen. Ich kann das Schwarzbubenland und den Thierstein beruhigen: Primär geht es darum, den Zugang zu gewährleisten und unseren Teil dazu beitragen, dass es beiden Partnern wohler ist als im Moment.

Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 15

Mehrheit

Massnahme 16

Einführung Managementzentren Berufsschulen

*Oswald von Arx*. Die SVP-Fraktion stimmt der Massnahme zu. Gestatten Sie mir zwei persönliche Bemerkungen. Die teure Überprüfung der Leiterstrukturen in den Berufsschulen des Kantons Solothurn hätte auch intern erstellt werden können. Ich persönlich finde die Variante 4 oder 5, also eine selbständige Region Grenchen, Solothurn und Olten besser – ich sage dies bewusst auch als Oltner. Sie käme rund 60'000 Franken günstiger und vor allem wären die drei grössten Städte in ihr angesiedelt.

*Markus Weibel*. Die Massnahme 16 sieht vor, die 7 Berufsschulen des Kantons Solothurn in zwei Zentren zusammenzuführen. Im Bericht des Regierungsrats vom 31. Mai sprach man von zwei managenden Direktoren, um «als logische Folge» 5 von 7 Rektoren einzusparen. Sparpotenzial: rund 1 Mio. Franken. Das heisst im Klartext, es werden zwei Manager eingesetzt, die die Arbeit von 7 Rektoren übernehmen. Man braucht sich nicht speziell in die Materie zu vertiefen, um zu merken, dass hier ein krasser Überlegungsfehler vorliegt. Oder bedeutet es, dass die Arbeit von 5 Rektoren während mehreren Jahren überflüssig war? Diese Fehlüberlegung wurde nun insofern korrigiert, als neu die dezentralen Schulbetriebe eine Schulleitung beibehalten, die vorwiegend pädagogisch ausgerichtet ist. Es ist ausserordentlich wichtig, dass die pädagogische Führung den einzelnen Schulleitern vor Ort überlassen wird. An der Front, dort wo die Lehrkräfte die Lehrtöchter und Lehrlinge unterrichten, ist Qualität gefragt und ist Unterstützung notwendig. Mit der Massnahme sollen rund 1,3 Mio. Franken eingespart werden, was einer Reduktion des Globalbudgets von 5 Prozent entspricht. Neben den beiden neuen Direktoren er-

halten 5 Rektoren ein neues Profil. Der Mittelbau muss aufgestockt werden, denn im Moment fehlen an diesen Schulen Abteilungsleiter für wichtige Aufgaben in der Betreuung und in der Schulentwicklung. Wir fragen uns allerdings, wo konkret gespart werden soll. Gemäss Vorlage ist mit der Einsparung von 10 Prozent der Betriebskosten möglicherweise ein Stellenabbau verbunden. Es ist von maximal 10 Lehrkräften die Rede. Erfreulicherweise beginnen immer mehr Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit eine Lehre. Der Kanton Solothurn ermuntert seit Jahren unsere Betriebe, Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. Wie können da plötzlich 10 Lehrkräfte eingespart werden? Will man etwa keine ausserkantonale Schüler mehr aufnehmen? Diese Rechnung geht nicht auf. Der Kanton Solothurn nimmt ungefähr gleich viele Schüler auf, wie er an ausserkantonale Schulen schickt.

Die CVP ist sehr interessiert an einer guten Berufsbildung. Auch wenn wir bei dieser Massnahme realistisch keine Sparpotenzial sehen, stimmen wir ihr zu und wollen ihr eine Chance geben. Wir hoffen aber, dass bei der Ausgestaltung im konkreten Fall unsere Überlegungen berücksichtigt werden.

*Annekäthi Schluop.* Auch die FdP/JL-Fraktion befürwortet die Massnahme 16. Mit Globalbudget, Leistungsauftrag und mehr autonomer Führung können die Berufsschulen den Anforderungen der heutigen Zeit gerecht werden. Immerhin steigen 70 Prozent der Jugendlichen in eine Berufsschule ein; das ist ein sehr grosser Anteil. Die Rektoren sollen von administrativen und Management-Aufgaben entlastet werden und können so endlich die pädagogische Führung wahrnehmen und Schulentwicklung machen. Das Amt für Berufsbildung und auch die Rektoren begrüssen dies. Wir bitten die Regierung, den unabhängigen Expertenbericht wie auch die Berichte der Rektoren und des Amts für Berufsbildung, die verschiedene Varianten geprüft haben, bei ihren Entscheiden in Erwägung zu ziehen.

*Walter Schürch.* Die Bewertung der 7 Organisationsvarianten der Berufsschulen, inklusive Status quo, zeigt, dass die Status-quo-Variante immer noch die billigste ist. Interessanterweise ist die Variante mit Berufsbildungszentren in Olten, Solothurn und Grenchen nicht in die Evaluation einbezogen worden. Die Vertreter des KAB und die Präsidenten der Rektorenkonferenz haben ganz klar die Variante 4 favorisiert, also ein Rektorat für die GIBS und die KBS in Solothurn und Olten sowie ein Rektorat in Grenchen für GIBS und KBS zusammen. Wir meinen, Grenchen müsse ein eigenständiges Berufsbildungszentrum haben. Für uns kommt deshalb nur die Variante 4 in Frage. GIBS und KBS zählen zusammen rund 900 Schüler. Diese grosse Schülerzahl rechtfertigt eine eigene Führung und ein eigenes Budget. Es ist von Privatisierung die Rede. Man weiss nicht, ob in diesem Fall noch Schüler ins BBZ gehen wollen oder gehen müssen. In Zukunft würden die beiden Ausbildungsrichtungen immer mehr zusammenwachsen, was langfristig eine Trennung von gewerblich-industrieller und kaufmännischer Ausbildung nicht mehr rechtfertigt, heisst es. Mit einem eigenständigen BBZ Grenchen könnte dem entsprochen werden. Es kommt ja sicher niemandem in den Sinn, nur ein Rektorat für die Kanti Solothurn und Olten zu machen. Ich ersuche deshalb den Regierungsrat mit allem Nachdruck, bei seinen Erwägungen die Schaffung von drei Berufsbildungszentren zu prüfen und auch zu realisieren.

Ich sagte dies als Einzelsprecher und nicht im Namen der SP-Fraktion.

*Beat Käch.* Ich bin von diesem Geschäft selber betroffen und nehme im Namen der Rektorenkonferenz Stellung. Wir haben die Massnahme 16 an einer ganztägigen Sitzung intensiv diskutiert und kamen zur Überzeugung, dass es nicht in erster Linie eine Sparmassnahme, sondern eine Umbaumassnahme ist; wenn dabei auch ein Spareffekt herauschaut, um so besser. Die Einführung von Globalbudgets braucht eine Änderung in den Leitungsstrukturen der Berufsschulen. Die Rektorenkonferenz rechnet zumindest zu Beginn eher mit Mehrkosten. Wir haben heute eine der günstigsten Leitungsstrukturen. Will man die Rektoren entlasten, damit sie die pädagogische Führung besser wahrnehmen können, muss ein Unterbau aufgebaut werden, was zu Beginn zu Mehrkosten führt. Momentan hat der Kanton vier Berufsbildungszentren in Olten, Solothurn und Grenchen sowie in Breitenbach. Sollte es nur noch je ein Zentrum in Solothurn und Olten geben, müsste für Breitenbach und Grenchen eine Lösung gesucht werden. Die Rektorenkonferenz schlägt vor, für Breitenbach sofort Verhandlungen mit Baselland, Liestal oder auch mit Basel-Stadt aufzunehmen und auch eine Lösung für Grenchen zu finden. Möglich wäre auch ein Projekt mit einer gemeinsamen kaufmännischen und gewerblichen Berufsschule, wie sie in andern Kantonen bereits realisiert ist. Der Regierungsrat sagt ja selber, die Trennung in gewerbliche und kaufmännische Ausbildung rechtfertigt sich in Zukunft nicht mehr.

Im Interesse der Berufsbildung und um regionalpolitische Zänkereien zu vermeiden, könnte ich mich auch mit drei Managementzentren einverstanden erklären, wenn sich dies bei der Konkretisierung der Massnahme 16 als zweckmässig und kostengünstiger erweisen sollte. In diesem Sinn bin ich für Überweisung der Massnahme 16.

Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 16

Mehrheit

## Massnahme 17

## Gemischtwirtschaftliche AG Erwachsenenbildung

*Christina Tardo.* Vor ein paar Jahren hat der Rat gegen unseren Willen beschlossen, dass die Erwachsenenbildung nicht zu den Kernaufgaben des Staates gehöre. Daran lässt sich heute nichts mehr ändern. Es ist aber ganz klar nicht Aufgabe des Staates, aus der Erwachsenenbildung Geld zu ziehen. Wenn er die Erwachsenenbildung schon auslagert, darf er sich nicht gleichzeitig daran bereichern.

*Marcel Bohrer.* Die SVP-Fraktion stimmt der Massnahme zu. Mit geringen organisatorischen Veränderungen und ohne personelle Auswirkungen sind wir in der Lage, einen Ertrag zugunsten der Staatskasse einzufahren. Es ist an der Zeit, dem Bereich Erwachsenenbildung endlich klare Zielsetzungen zu geben und ihn durch einen Leistungsauftrag effektiver zu gestalten. Durch eine Teilprivatisierung mit einer Beteiligung von 49 Prozent und der Auflage, dass sich die Gesellschaft in kantonale Schulräumlichkeiten einmieten muss, kann ein Profit erwirtschaftet und die Erwachsenenbildung mittelfristig ein Standortvorteil werden. Wir bitten Sie, die Massnahme zu unterstützen.

*Stefan Liechti.* Die FdP/JL-Fraktion unterstützt diese Massnahme. Mit ihr wird bildungspolitisch Neuland betreten. Die Erwachsenenbildungszentren arbeiten heute bereits kostendeckend. Wir sehen deshalb der Teilprivatisierung positiv entgegen. Wenn ich Christina Tardo richtig verstanden habe, ist sie dagegen, dass der Staat Kapital herausschlägt. Weitergedacht hiesse das, die Sache ganz zu privatisieren. Die Teilprivatisierung ist ein Schritt in die richtige Richtung und wir bitten Sie, der Massnahme zuzustimmen.

*Rolf Grütter.* Es ist auch für mich etwas ganz Neues, dass der Staat mit einer Ausbildung Geld verdienen soll. Ich finde es gut, vor allem wenn sich die Sache mittel- und langfristig zu einem Standortvorteil entwickeln kann. Gut finde ich auch die Auflage, dass sich die Gesellschaft zur Auslastung der vorhandenen Infrastrukturen in die kantonalen Schulräumlichkeiten einmieten muss. Die CVP-Fraktion bittet Sie, die Massnahme zu unterstützen.

*Christina Tardo.* Die zwei Herren haben mich falsch verstanden, vielleicht mit Absicht. Ich habe nicht gesagt, die Erwachsenenbildung solle ganz privatisiert werden, und es ist auch nicht so, dass wir es unanständig finden, wenn der Staat mit Schulen Geld verdient. Schliesslich verdiene ich mein Geld auch mit Bildung. Kritisiert habe ich, dass der Staat ein gutes Erwachsenenbildungsangebot hat und es verteuert, indem er Gewinn daraus zieht. Ziel muss doch sein, dass Leute eine Weiterbildung zu einem guten Preis erhalten. Da die Infrastruktur schon vorhanden ist, soll sich der Staat nicht noch bereichern.

*Beatrice Heim.* Auf den ersten Blick dünkte auch mich die Teilprivatisierung ein interessanter Ansatz. In der Erwachsenenbildung werden Leute auf neue Aufgaben vorbereitet. Was heisst dies für die Weiterbildungswilligen? Sie zahlen jetzt schon je nach Berufsart Schulkosten von 10'000 bis 15'000 Franken, rechnet man die Lehrerlöhne dazu, wären es 50'000 bis 80'000 Franken. Will man nun noch Gewinn daraus ziehen, werden die Kosten massiv steigen, so dass gewisse Leute sich die Weiterbildung nicht mehr leisten können. Die Berufsverbände werden andere Partner in andern Kantonen suchen, womit das Bildungsangebot für junge Berufsleute eventuell verloren ginge. Das ist einer der Gründe, weshalb ich der Massnahme nicht zustimmen kann.

*Stefan Liechti.* Ich habe es jetzt richtig verstanden, sehe das Ganze trotzdem etwas anders. Mit der Teilprivatisierung richten sich die Kosten der Kurse nach dem Markt. Es geht nicht darum, dass sich der Staat bereichert, sondern darum, dass die Berufs- bzw. die Erwachsenenbildung am Markt teilhaben und schnell reagieren kann. Bereichern sollte sich der Staat tatsächlich nicht, aber ich habe nicht Angst, dass dies der Fall sein wird.

## Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 17

74 Stimmen

Dagegen

38 Stimmen

## Massnahme 18

## Privatisierung Uhrmacherschule und Internat

*Stefan Ruchti.* Die Bildungs- und Kulturkommission unterstützt die Massnahme. Die Uhrmacherschule ist eine sehr wichtige Berufsfachschule mit grosser Ausstrahlung weit über die Kantons- und Landesgren-

zen hinaus. Sie bildet mit grossem Erfolg Fachkräfte für die Uhrenindustrie, die Uhrenfachgeschäfte und im Bereich Goldschmiede aus. Das unterstreicht einerseits den hohen Stellenwert und das Ansehen dieser Schule, andererseits den Stellenwert der Uhrenindustrie in unserem Kanton. Wir erwarten, dass sich die Regierung in den bevorstehenden Verhandlungen das positive Image dieser Berufsfachschule immer wieder vor Augen hält und Hand zu Lösungsvarianten bietet, die langfristig den Verbleib dieser Schule im Kanton Solothurn garantieren. Dies muss erste Priorität haben.

Eine persönliche Bemerkung: Die Uhrmacherschule als Vollzeitberufsfachschule zu privatisieren tönt sicher gut. Exponenten dieser Schule bzw. die Trägerverbände haben signalisiert, dass sie bereit sind, die Privatisierungsidee oder Varianten zu überprüfen. Einer Vollprivatisierung unter den vorliegenden SO<sup>+</sup>-Rahmenbedingungen werden sie aber nicht zustimmen. Das haben sie bereits im Juni in einem Schreiben an den Regierungsrat unmissverständlich deklariert. Damit sind auch die finanziellen Konsequenzen dieser Massnahme in Frage gestellt. Soll die Privatisierungsidee Erfolg haben, müssen diese Verbände aktiver in den laufenden Prozess involviert werden. Nur wenn gemeinsam eine Lösung gefunden werden kann, kann die Massnahme umgesetzt werden. Die Uhrenindustrie ist gemäss einer Erklärung des Volkswirtschafts-Departementes eine Schlüsselindustrie. Die Führung einer Uhrmacherschule wird neu nicht mehr als Kernaufgabe des Staats bezeichnet, die Schule an sich gehört jedoch zu einer Branche, die zum Kerngeschäft unserer Wirtschaft gehört. Entscheidend muss sein, dass die international anerkannte Schule, die eng mit der Wirtschaft zusammenarbeitet, ihr gutes Image und den Standort im Kanton Solothurn langfristig beibehalten kann. Aufgrund der Ausgangslage muss der Regierungsrat seine Bereitschaft zu einer Kompromisslösung im Sinn einer echten Partnerschaft signalisieren.

Ich frage mich, wie es kommt, dass der in der Massnahme 18 aufgenommene Gedanke nicht auch in der Massnahme 19 zum Tragen kommt. Es wäre eine klare Linie. Die Regierungsstrategie könnte so interpretiert werden, dass die Schule für Mode und textiles Gestaltung höher einzustufen ist als das traditionelle Uhrenhandwerk.

*Barbara Banga.* Mit der Massnahme 18 will sich der Regierungsrat einmal mehr durch die Hintertüre aus einer Schule verabschieden, die für den Kanton wesentlich und immer tragend gewesen ist. Die Führung einer Uhrmacherschule gehöre nicht zu den Kernaufgaben des Staats, weshalb die Schule privatisiert werden müsse, heisst es. Gleichzeitig ist der Staat froh um die Einnahmen, die aus diesem Industriezweig in die Staatskasse fliessen. Dass eine Privatisierung ohne finanzielle Beiträge des Kantons nicht möglich sein wird und auch vom Berufsbildungsgesetz her nicht «verhebt», liegt auf der Hand. Die Spitzen der Uhrenindustrie warten gespannt auf die Verhandlungen, denn sie wollen wissen, was sie diesem Kanton in Zukunft noch wert sind. Entsprechend werden sie reagieren und ihre Weichen stellen.

*Anna Mannhart.* Schon vor einiger Zeit hatten wir eine Vorlage, nach der die Uhrmacherschule nach Grenchen gehe. Den Grenchnern wurde nicht nur versprochen, Uhrmacherschule und Internat kämen nach Grenchen, es wurde auch noch ein vierter Stock in einem Gebäude bewilligt. Was ist jetzt mit diesem vierten Stock, was gedenkt man damit zu machen?

*Ruth Gisi,* Vorsteherin des Erziehungs-Departementes. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Standort der Fachhochschulen war tatsächlich im Ausbildungszentrum der Radio- und Fernsehelektroniker der vierte Stock für das Internat der Uhrmacherschule vorgesehen. Wir werden im Rahmen der Verhandlungen schauen, was mit dem vierten Stock geschehen soll, ob man ihn anderweitig brauchen kann.

*Annekäthi Schlupep.* Nach Meinung der FdP/JL-Fraktion soll die Uhrmacherschule im Kanton Solothurn bleiben, weil sie eine ganz wichtige Schule ist. Stefan Ruchti hat sich dazu bereits ausführlich geäussert. 30 Prozent der Schüler kommen aus dem Kanton Solothurn, weitere 30 Prozent aus andern Kantonen (Basel, Bern, Baselland) oder aus dem Ausland. Die Uhrenindustrie ist in unserem Kanton von sehr grosser Bedeutung. Wir bitten die Regierung, dies bei den Verhandlungen mit den verschiedenen Verbänden zu berücksichtigen.

*Oswald von Arx.* Auch die SVP-Fraktion unterstützt die Massnahme. Wir schliessen uns dem Gesagten an: Die Schule muss im Kanton bleiben.

Abstimmung

Für Kenntnissnahme der Massnahme 18

Grosse Mehrheit

Massnahme 19

Konzentration Schulen für Mode und Gestalten

*Peter Bossart.* Die Bildungs- und Kulturkommission steht voll hinter dieser Massnahme, was die Konzentration auf einen Standort betrifft. Die gestalterische Berufsmatur soll beibehalten werden. Dazu ein wichtiges Argument: Es absolvieren weniger Frauen eine Berufsmatur als Männer. Der Anteil der Frauen an den Fachhochschulen sollte erhöht werden. Die Bildungs- und Kulturkommission ersucht die Regierung, die gestalterische Berufsmatura weiterhin anzubieten, wenn immer möglich zusammen mit andern Kantonen, aber mit Standort Kanton Solothurn. Vielleicht gibt es aus dieser Schule neue Impulse, so dass sich auch Zweige der Modebranche wieder etablieren. Ich würde gerne durch Solothurn und Olten flanieren und das Gefühl haben, ich sei in Florenz oder Rom.

*Beatrice Heim.* Aus Sicht der SP-Fraktion hat Peter Bossart die richtigen Worte gefunden. Auch wir finden die Konzentration der Schulen für Mode und textiles Gestalten auf einen Standort richtig. Am Runden Tisch war nicht davon die Rede, die Berufsmaturität andernorts anzubieten. Das ist für uns nicht akzeptierbar, uns wundert, dass dieser Antrag überhaupt gestellt wird. Vor lauter Sparen muss man nicht ausgerechnet das streichen, was den Kanton attraktiv macht und insbesondere für junge Frauen attraktiv ist. Die Berufsmaturität ist für junge Frauen ein ausgezeichnetes Sprungbrett ins Berufsleben. Olten ist neben Bern die einzige Schule, die in diesem Bereich eine Berufsmaturität anbietet. Zudem sollten Ausbildungsangebote für Frauen gefördert werden. Wir sind für den Standort Olten mit Berufsmaturität und bitten den Regierungsrat, entsprechend zu handeln.

*Ursula Grossmann.* Der Grünen Fraktion leuchtet die Konzentration auf einen Standort ein. Uns ist ganz wichtig, dass die Zahl der Ausbildungsplätze ebenso sichergestellt bleibt wie die Möglichkeit zur Berufsmaturität, zumal es sich vor allem um ein Angebot für Frauen handelt.

*Christine Graber.* Die FdP nimmt positiv Kenntnis von der Massnahme 19. Wir unterstützen die Stossrichtung ein Beruf – ein Standort nicht nur aus «modischen» Gründen, sondern auch, weil die Schule in Olten in den letzten Jahren mit grossen Investitionen ausgebaut worden ist und die räumlichen Kapazitäten vorhanden sind. Weil im Kanton keine ganze Maturitätsklasse für diese Fachrichtung zustande kommen kann, ist es sinnvoll, mit andern Kantonen nach einer Lösung für das Unterrichtsangebot zu suchen. Trotzdem soll die Berufsmaturität im Kanton Solothurn angeboten werden. Für uns ist die Schule für Mode und Gestalten ein zukunftsorientierter Berufsschulzweig.

*Oswald von Arx.* Auch wir unterstützen die Massnahme. Laut Lehrstellenbeschluss II des Bundes sollen die Ausbildungsangebote für Frauen ausdrücklich gefördert werden. In Olten haben wir immerhin einen 80-prozentigen Frauenanteil. Auch wir sind für den Standort Olten und für die Beibehaltung der gestalterischen Berufsmatur. In Olten wurden vor drei Jahren 200'000 Franken in die Räumlichkeiten des Berufsbildungszentrums investiert.

*Markus Weibel.* Im Bericht des Regierungsrats vom 31. Mai steht: «Der Standort Olten ist zu schliessen und die Schule im Bereich Mode und textiles Gestalten auf Solothurn zu konzentrieren.» In der kantonsrätlichen Vorlage steht nur noch, die Schule im Bereich Mode und textiles Gestalten sei auf einen Standort zu konzentrieren. Es gibt stichhaltige Gründe, weshalb die Schule in Olten nicht geschlossen werden darf. 1997 wurden 200'000 Franken in die Räumlichkeiten in Olten investiert; eine Erweiterung des Angebots wäre ohne bauliche Massnahmen möglich. Neu in der kantonsrätlichen Vorlage ist auch, dass die gestalterische Berufsmaturität anderweitig angeboten werden soll. Was damit gemeint ist, ist unklar. Die gestalterische Berufsmaturität bietet jungen Frauen ausgezeichnete berufliche Perspektiven und soll weiterhin in Olten angeboten werden. Die Informatik ist übrigens ein wichtiger Bestandteil in den Studentafeln. In der gestalterischen Maturitätsklasse befinden sich auch Lehrtöchter aus andern Berufsbereichen, beispielsweise eine Lehrtöchter aus der Schuhbranche und eine Lehrtöchter, die eine Hochbauzeichnerlehre absolviert hat. Mit dieser Ausbildung erhalten die Absolventinnen Zugang zu den Fachhochschulen. Ich hoffe sehr, der Regierungsrat werde diese Überlegungen in seinen Entscheidungsprozess einbeziehen.

*Rolf Grütter.* Bei Massnahme 16 sagte Beat Käch, es seien Verhandlungen mit dem Kanton Baselland und Basel-Stadt aufzunehmen, um das KV dort zu integrieren. Würde das KV in Breitenbach geschlossen, könnten die Räumlichkeiten der Schule für Mode und Gestalten angeboten werden, so gäbe es nicht Streit zwischen Solothurn und Olten.

*Doris Rauber.* Zum Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission, der von Rom und Florenz gesprochen hat: Vor ein paar Monaten fand in Olten eine Ausstellung der Textilkünstlerin Vreni Blatter statt. Wer



sie besuchte, konnte sich überzeugen, dass wir mit den Modezentren absolut konkurrieren können, denn sämtliche Kleider wurden in der Schule für Mode und Gestalten in Olten hergestellt. Es spricht also alles für den Standort Olten.

*Bernhard Stöckli*, Präsident. Ich weise Sie darauf hin, dass diese Massnahme in den Kompetenzbereich des Regierungsrats gehört. Insofern kann der Kantonsrat diese Massnahme nur zur Kenntnis nehmen. Ich lasse daher über Kenntnisnahme der Massnahme abstimmen. (*Heiterkeit*)

Abstimmung

Für Kenntnisnahme der Massnahme 19

Mehrheit

Massnahme 20

Änderung Finanzierungsmechanismus Hochschulen

*Max Karli*. Diese Massnahme gehört eigentlich nicht zu SO<sup>+</sup>. SO<sup>+</sup> heisst Reformierung der staatlichen Tätigkeiten. Für mich ist es selbstverständlich, dass die Regierung die finanziellen Interessen bei Vertragsverhandlungen wahrnimmt, und zwar nicht nur bei den Hochschulen, sondern überall, wo verhandelt wird, ob mit andern Kantonen oder mit dem Bund. Streichen wir die Massnahme aus dem Paket, weil sie dieses nur verwässert, heisst das nicht, wir seien gegen das Sparen, sondern dass das Paket nur Dinge enthalten soll, die letztendlich Änderungen der staatlichen Tätigkeiten erfordern.

*Stefan Ruchti*. Nachdem wir die Universitätsvereinbarung verabschiedet haben, dürfte es schwierig sein, kurzfristig Änderungen herbeizuführen. Die FdP/JL-Fraktion unterstützt aber das Vorhaben des Regierungsrats, weiterhin Einfluss zu nehmen und nach neuen Wegen und Alternativen für die Beitragsmechanismen zu suchen. Insbesondere scheint uns wichtig, das weitere Vorgehen mit den andern Hochschulkantonen abzusprechen, vielleicht sogar mit einer Standesinitiative die Regierung zu unterstützen. Wichtig ist daher, die Massnahme integral zu überweisen.

*Hans-Rudolf Lutz*. Als ich noch im Berner Grossen Rat war, war einer der grössten Budgetposten die Uni Bern. Immer wiederkehrender Tenor war: Man muss die Beiträge der Nicht-Universitätskantone erhöhen. Der Kanton Bern hat wie wir grosse finanzielle Probleme und muss sparen, was auch die Uni tangiert. Deshalb ist für uns nicht allzu viel Spielraum vorhanden. Die Massnahme ist daher eher eine Taube in den Wolken. Trotzdem unterstützen wir sie. Wie mein Vorredner meine auch ich, es sei im Gleichschritt mit den andern Kantonen vorzugehen, sonst schaut nicht viel heraus.

*Oswald von Arx*. In der Zeitung war zu lesen, die Uni Basel habe Manager angestellt, die auf die Suche nach Studenten in einzelnen Abteilungen gehen sollen, was zeigt, dass auch bei den Hochschulen ein Markt zu spielen beginnt. Wie Hannes Lutz sagte, sind wir jahrelang gut weggekommen mit günstigen Beiträgen an die Hochschulkantone. Ich könnte mir vorstellen, dass in den nächsten Jahren Millionenbeträge in zweistelliger Höhe auf den Kanton Solothurn zukommen könnten, wenn die Hochschulkantone über die Bücher gehen.

Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 20

Mehrheit

Massnahme 21

Änderung Finanzierungsmechanismus Sonderschulheime

*Erna Wenger*. Diese Massnahme zielt ins Leere und kann daher gestrichen werden. Die SP-Fraktion kann sich nicht erklären, weshalb die Experten nicht gemerkt haben, dass das Gesetz über heilpädagogische Institutionen 1998 revidiert worden und in Kraft ist. Alle Institutionen und Heime sind an klare Zieldefinitionen gebunden und verfügen über eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton. Es werden keine vagen Subventionen ausgeschüttet, sondern es wird nach klar ausgehandelten Betriebskostenbeiträgen abgerechnet. Diese Beiträge werden vom Regierungsrat im Rahmen des Budgets zugesprochen. Die Heime führen seit 1998 Kostenstellen- und Kostenträgerrechnungen auf der Basis von Vollkostenrechnungen pro Aufenthaltstag. Subventionen gibt es nur an die Besoldung der Lehrkräfte.

Mit der Formulierung von Leistungsaufträgen, die sich auf die Reintegration von Kindern und Jugendlichen beziehen sollen, wird der Leistungsdruck auf die Kinder erhöht, was gefährlich ist. Hauptziel eines jeden Heimaufenthalts ist ohnehin die Reintegration in die Gesellschaft, das ist eine Selbstverständlichkeit.

keit. Je nach dem ist aber eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft nicht möglich; bei Schwerstbehinderung muss man sogar darauf verzichten. Zur Defizitgarantie: In der Vorlage heisst es richtigerweise, die Schule sei eine Kernaufgabe des Staats. Die Schulen produzieren kein Defizit, sondern erfüllen eine Aufgabe, die Geld kostet. Es gibt schlicht und einfach keine Defizitgarantie, weder im Gesetz noch in der Realität. Deshalb kann die Defizitgarantie auch nicht gestrichen werden. Als Mitglied der Sozial- und Gesundheitskommission möchte ich anfügen, dass bei den Sonderschulheimen die Sparmassnahmen voll durchgeschlagen haben. Die Kantonsbeiträge wurden in den letzten Jahren von 18 auf 10,5 Mio. Franken heruntergefahren. Die Finanzierung erfolgt durch Bund, Kanton und Gemeinden. Das kann sich durch den neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen ändern, wird doch vorgeschlagen, die Bundesverfassung zu ergänzen und die Sonderschulheime ganz in die finanzielle Verantwortung der Kantone zu geben. Wenn dies kommt, wird sich so oder so eine Neuregelung aufdrängen. Deshalb lehnt die SP die Massnahme 21 ab.

*Rolf Grütter.* Auch wir haben ein Fragezeichen zum Druck auf Wiedereingliederung gesetzt. Bei dieser Massnahme geht es darum, die dritte, die unterste Defizitgarantie des Kantons zu streichen und mit dem Leistungsauftrag zu steuern. Damit muss keine Kürzung der Beiträge verbunden sein; klar definierte Leistungsaufträge können sogar dazu führen, dass mehr Geld vorhanden ist. Jetzt dient die Defizitgarantie sozusagen als Sicherheitsnetz. Wo kein solches vorhanden ist, kann jeder Bereich seine Chance nützen. Wir unterstützen daher die Massnahme, allerdings nur, wenn sie mit dem IV-Gesetz konform ist.

*Urs Nyffeler.* Für die Sonderschulen ist die Einführung von Leistungsaufträgen kein Problem. Auch die Defizitgarantie könnte man vergessen. Denn bis jetzt waren die Beiträge des Kantons immer ausgehandelt worden. Am liebsten möchten die Sonderschulen ein Globalbudget. Um dem Sparwillen zu folgen, sollte man ausserkantonale Sonderschülern eine Pauschale für die Investitionskosten verrechnen können. Die SVP-Fraktion unterstützt die Massnahme.

*Stefan Liechti.* Die FdP/JL-Fraktion stimmt der Massnahme zu. Wir sind insbesondere glücklich darüber, dass die gravierend falschen Aussagen inzwischen korrigiert worden sind. Erna Wenger hat zum grossen Teil Recht. Defizite gibt es tatsächlich keine, es wurden jährlich Betriebsbeiträge ausgehandelt; sie wurden in den letzten Jahren von 18 auf 10 Mio. Franken gesenkt. Es stimmt aber nicht, dass die Sonderschulheime Globalbudgets haben. Das IV-Geld wird vom Bund rückwirkend ausbezahlt und kann somit nicht budgetiert werden. Das erschwert oder verunmöglicht die Einführung von Globalbudgets. Dem wird in der vorliegenden Massnahme Rechnung getragen.

#### Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 21

Mehrheit

#### Massnahme 22

Kompetenzzentrum Kultur auf Waldegg

*Bernhard Stöckli,* Präsident. Diese Massnahme liegt wiederum in der alleinigen Kompetenz des Regierungsrats. Dazu liegt ein Antrag der FdP/JL-Fraktion vor.

*Christine Graber.* Ich rede zunächst für die Bildungs- und Kulturkommission und dann für die FdP/JL-Fraktion. Die Massnahme wird von der Kommission mehrheitlich unterstützt und als zukunftsorientiert beurteilt. Allerdings wird sich die Bildungs- und Kulturkommission im Rahmen der Globalbudgets dafür einsetzen, dass im Amt für Kultur und Sport 100 Prozent der kumulierten Reserven aus den Jahren 1997–1999, das heisst 663'000 Franken in die Globalbudgetperiode 2000–2002 übertragen werden, um die Massnahme 22 überhaupt realisieren, das heisst, die baulich notwendigen Massnahmen im Schloss Waldegg, die Investitionen von rund 1 Mio. Franken auslösen werden, in Angriff nehmen zu können. Nur über die baulichen Investitionen können die operativen und personellen Synergien und damit Einsparungen von 0,3 Mio. Franken realisiert werden.

Die FdP/JL-Fraktion beantragt die Übertragung der Massnahme in die Kompetenz des Kantonsrats. Diese Massnahme betrifft direkt den im Globalbudget des Amtes für Kultur und Sport formulierten Leistungsauftrag für die Waldegg, der neu definiert werden muss, was in die Kompetenz des Kantonsrats gehört.

*Silvia Petiti.* Kürzlich hat Frau Landammann bestätigt, dass die Kultur eine Kernaufgabe des Kantons ist. Das Kompetenzzentrum Kultur auf Waldegg ist für mich wie ein Schlossgespenst. Die dezentrale Kultur soll zentral abgeholt werden, um so Kräfte und Ressourcen konzentrieren zu können. Das ist ein sehr vager Vorschlag, der bestimmt nicht von Betroffenen ausgearbeitet worden ist. Die Massnahme liegt in

der Kompetenz des Regierungsrats, Kultur darf und soll aber nicht zur Chefsache werden. In welchem Rahmen soll Kultur auf der Waldegg gelebt werden? Es darf kein elitärer Rahmen sein. Die SP-Fraktion befürchtet, dass unter dem modern klingenden Begriff Kompetenzzentrum die Kultur eher abgebaut wird. Sie ist deshalb gegen die Massnahme.

*Rolf Grütter.* Die CVP-Fraktion lehnt den Antrag der FdP betreffend Übertragung der Kompetenz an den Kantonsrat ab. Wir erhalten auch so Unterlagen und Vorlagen im Rahmen der Globalbudgetierung. Es geht ja nicht darum, Kredite zu sprechen. Also schauen wir nun zuerst, was der Regierungsrat konkret vorschlägt. Wird die Massnahme mit dem Antrag der FdP/JL-Fraktion überwiesen, bedeutet dies, dass man überhaupt nichts tut. Die Debatte, wer letztlich in Sachen Kultur bestimmt, kann im Rahmen des das Budgets oder bei der Einführung oder Veränderung von Globalbudgets geführt werden. Damit ist die volle Mitsprache des Kantonsrats gewährleistet.

*Kurt Fluri.* Selbstverständlich ist es kein Unglück, wenn es bei der Kompetenz des Regierungsrats bleibt. Produktgruppen und Leistungsauftrag liegen ohnehin in seiner Kompetenz, die Budgetkompetenz über Dienststellen liegt noch beim Kantonsrat. Es wäre logischer, diese Massnahme in Ziffer 1 zu transferieren, weil es primär eine Finanzvorlage ist. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Abstimmung

Für den Antrag FdP/JL-Fraktion

75 Stimmen

Dagegen

26 Stimmen

*Christine Graber.* Im Gegensatz zur SP befürchten wir nicht einen Kulturabbau, sondern erachten den Aufbau eines Kompetenzzentrums als eine Bereicherung für die Kultur. Es ist nicht die Rede davon, dass die ganze Kultur unseres Kantons nur in diesem Schloss herumgeistern soll, im Gegenteil, sie soll von dort ausstrahlen.

Abstimmung

Für Kenntnisnahme der Massnahme 22

Mehrheit

Massnahme 23

Effizienzsteigerung der Abteilung Sport

*Bernhard Stöckli,* Präsident. Auch hier liegt ein Antrag der FdP/JL-Fraktion vor, die Massnahme in Ziffer 1 des Beschlussesentwurfs zu transferieren.

Abstimmung

Für den Antrag FdP/JL-Fraktion

Mehrheit

Für Kenntnisnahme der Massnahme 23

76 Stimmen

Dagegen

33 Stimmen

Massnahme 24

Reduktionen bei Archäologie und Denkmalpflege

*Georg Hasenfratz.* Die SP-Fraktion lehnt den geplanten Kahlschlag bei der Archäologie und der Denkmalpflege ab. Pflege und Schutz unseres historischen Kulturgutes sind aus mehreren Gründen wichtig, Stichworte: Barockstadt Solothurn, Baugewerbe, volkswirtschaftlicher Nutzen. Der Solothurner Heimatschutz geht davon aus, dass jeder Beitragsfranken eine Investition von 8 Franken auslöst. Insbesondere ist der ideelle Wert der Kulturgüter für die Bevölkerung nicht zu unterschätzen. Das historische Kulturgut ist unentbehrlich für die eigene wie auch für die gemeinsame Identitätsfindung. Erst wenn man die eigene Geschichte kennt, kann man zielgerichtet in die Zukunft gehen. Eine Gesellschaft, die ihre historischen Wurzeln nicht pflegt und nicht mehr erkennt, wird haltlos und verliert bei Stürmen den Boden unter den Füßen. Goethes Faust sagt denn auch treffend: «Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.» Erwerben ist nicht einmal nötig, aber erkennen, erhalten, schützen und unterstützen. Mit vier statt acht Stellen ist dies nicht mehr möglich. Es ist nicht damit getan, ein Gebäude unter Schutz zu stellen. Die Kulturgüter müssen inventarisiert und dokumentiert sein. Denkmalpflege muss kapazitätsmässig in der Lage sein, Umbauten an Gebäuden beratend zu begleiten. Auch die Beratung und Information der Gemeinden im Bereich Denkmalschutz ist sehr wichtig. Streicht man Stellen,

kann die Denkmalpflege ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen. Es wäre kurzfristig, unsere Kulturgüter mit diesem Kahlschlag zu gefährden. Optimierungen kann man selbstverständlich prüfen, auch ohne diese Massnahme. Die SP-Fraktion fordert den Regierungsrat auf, diese unvernünftige Abbau-Übung abzublenden, und den Kantonsrat, die Massnahme abzulehnen.

*Klaus Fischer.* Die Bildungs- und Kulturkommission als zuständige Fachkommission für Archäologie und Denkmalpflege hegt ebenfalls grosse Bedenken gegenüber der vorgeschlagenen Massnahme. Nur schon formal mangelt es der Massnahme an der notwendigen Seriosität. Man kann nicht von Überprüfung und gleichzeitig von einem Abbau von 50 Prozent der bisherigen Stellen reden. Das eine wäre höchstens die Folge des andern. Dazu noch zu behaupten, es gebe keine qualitative Einbusse, zeigt die fehlende Wertschätzung gegenüber der ausgezeichneten Arbeit dieses Amtes. Mit einer Gesamtschau, in die der Ortsbild- und der Heimatschutz einbezogen werden, können Synergien genutzt und Einsparungen gemacht werden. Dieses Vorgehen und diesen Teil der Massnahme können wir unterstützen. Die Folgen eines Abbaus von 50 Prozent der Stellen wären hingegen nicht zu verantworten. Auf die Dokumentation und Inventarisierung unserer Kulturgüter müsste weitgehend verzichtet werden; die Öffentlichkeitsarbeit wäre praktisch nicht mehr möglich. Wir reden gern von unserem Kulturkanton und sind bei jeder Gelegenheit stolz darauf. Auf der andern Seite beklagen wir vor allem bei unserer jüngeren Generation ein Zurückgehen ihrer Identifikation mit dem Kanton. Die Publikationen, Ausstellungen und Führungen von Vertreterinnen und Vertretern dieses Amtes beweisen, dass Interesse geweckt werden kann. Die Verbindung zur eigenen Geschichte darf nicht gering geschätzt werden. Auch die Gemeinden, in denen Laien tätig sind, sind angewiesen auf die kompetente Unterstützung und Hilfe seitens des Amtes, beispielsweise in Sachen Ortsbildschutz. Die Überprüfung ist eine Angelegenheit des Regierungsrats. Deshalb meine Aufforderung an die Regierung, an das Eintretensvotum der Frau Landammann zu denken, die gestern den Stellenwert unserer Vergangenheit beschworen hat. Ich sage es etwas salopper als Goethes Faust: Ohne Rückspiegel können wir nicht Auto fahren.

*Annekäthi Schluep.* Auch die FdP/JL-Fraktion stimmt der Massnahme nur unter der Bedingung zu, dass die kantonalen Aufgaben Archäologie, Denkmalpflege, Heimat- und Ortsbildschutz sowie Kulturgüterschutz gesamthaft angeschaut werden. Durch einen Zusammenschluss in den Departementen könnten wahrscheinlich Synergien genutzt werden. Ob gleich vier Stellen abgebaut werden können, ist fraglich. Es ist ein sehr wichtiger Kulturbereich, wie die Vorredner bereits gesagt haben. In dieser Session reicht Kollege Claude Belart einen Auftrag ein, der die Überprüfung der Aufgaben in diesem Bereich fordert.

Abstimmung

Für Kenntnisnahme der Massnahme 24

Mehrheit

Massnahme 25

Anpassung Vereinbarung Schweizerisches Musikautomatenmuseum Seewen

*Max Karli.* Das Musikautomaten-Museum Seewen wurde erst vor kurzem eingeweiht. Der Kanton Solothurn hatte sich für den Standort gewehrt. Kurz darauf ist der gleiche Kanton offenbar nicht mehr bereit, den in der Vereinbarung festgehaltenen Betrag von maximal 270'000 Franken einzuhalten; er will ihn auf 50'000 Franken reduzieren. Es gibt hier eine Parallele zur Massnahme 20: Bei jeder Verhandlung besteht der Sparauftrag. Es beweist aber wenig Fingerspitzengefühl gegenüber dem Bund und fast eine Ohrfeige gegenüber der Region, wenn man kurz nach der Einweihung des Museums sagt, wir wollen es zwar, aber zahlen wollen wir nicht.

*Stefan Liechti.* Dort wo der Staat zahlt, soll er auch eine gewisse Kontrolle haben. In diesem Sinn, Max Karli, müsste die Regierung Verhandlungen aufnehmen und schauen, was zu machen ist, und in diesem Sinn ist die FdP/JL-Fraktion für Überweisung der Massnahme.

*Erna Wenger.* Zu Max Karli: Nach meinen Informationen ist der Regierungsrat daran interessiert, das wertvolle Museum zu unterstützen. Insofern ist die Bemerkung über die Ohrfeige nicht berechtigt.

Abstimmung

Für Kenntnisnahme der Massnahme 25

Mehrheit

Die Verhandlungen werden von 10.15 bis 10.45 Uhr unterbrochen.

I 147/2000

**Dringliche Interpellation Fraktion SP: Verkauf Sulzer Textil – Massnahmen des Kantons Solothurn**

(Weiterberatung, siehe S. 354)

*Max Karli.* Veränderung und Neuorientierung gehören zum Wettbewerb und zu einer funktionierenden Wirtschaft und müssen nicht unbedingt negativ sein. Es ist aber verständlich, dass Ängste wach werden, wenn die Zukunft einer wichtigen Arbeitgeberin wie die Sulzer Textil in Frage gestellt ist. Wichtig ist, die Konzernleitung auf die soziale Verantwortung in ihren Entscheiden aufmerksam zu machen. Der Regierungsrat kann gemäss seiner Antwort die Neuorientierung nicht verhindern; er kann sie begleiten, unterstützen und bei neuen Lösungen mithelfen. Die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Konzernleitung in der jetzigen Situation ist nicht eine Frage der Kapazität, sondern vor allem ein Vertrauensproblem. Die CVP-Fraktion kann sich der Haltung des Regierungsrats anschliessen. Es ist ja nicht ausgeschlossen, dass aus der heutigen unsicheren Situation etwas Neues hervorgeht, das sogar besser als das Bisherige sein kann, siehe Biberist oder Gerlafingen. Die CVP-Fraktion ist von der Antwort des Regierungsrats befriedigt.

*Ursula Rudolf.* Schockiert und betroffen von der Hiobsbotschaft aus der Sulzer Textil sind wohl alle im Kanton Solothurn und über die Kantonsgrenze hinaus. Die Hoffnung, mit dem Verkauf von Teilbereichen müssten nicht zwingend Arbeitsplätze verloren gehen, ist immer noch gerechtfertigt. Die FdP/JL-Fraktion ist überzeugt, dass die Wirtschaftsförderung auch nach der Umsetzung der Massnahme 50 im SO<sup>+</sup>-Paket in der Lage ist, derartige Vorkommnisse im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu bewältigen. Der Wirtschaftsförderung und dem Kanton Solothurn stehen so oder so nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung und auch nicht die Kompetenzen zu, massiv in die Firmenpolitik einzugreifen. Nach wie vor spielen Angebot und Nachfrage eine ausschlaggebende Rolle. Die Unterstützung bei künftigen Kaufverhandlungen und damit hoffentlich die Mithilfe für die Sicherung der Arbeitsplätze ist gemäss Antwort des Regierungsrats gewährleistet.

*Walter Schürch.* Zu Max Karli: Ob man Papier oder Textilmaschinen produziert, ist nicht ganz das Gleiche. Wenn Kunden bereits fragen, wie es mit dem Service weitergehe, oder wenn Bestellungen annulliert werden, ist das verheerend. Ich bin nicht so überzeugt, dass es mit der Sulzer Textil gut herauskommen wird. Es wurde schon x Mal abgebaut; ob dies der letzte Abbau ist, werden wir sehen. Ich hoffe, dem sei nicht so, und ich hoffe auch, die Wirtschaftsförderung werde etwas unternehmen. Denn die Sulzer Textil ist sehr wichtig für den Kanton.

*Thomas Wallner,* Vorsteher des Volkswirtschafts-Departementes. Die Situation bei Sulzer ist sehr bedauerlich und nicht einfach. Es ist aber nicht, wie ich gesagt haben soll, die letzte Umstrukturierung im Kanton; ich hatte nur der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es in dieser Grössenordnung – bezogen auf die Arbeitsplätze – langsam aufhören sollte. Sicher wird es noch eine ganze Reihe kleinerer Umstrukturierungen geben. An sich überrascht nicht, was bei Sulzer passiert. Wir stehen seit längerer Zeit mit ihr in Kontakt und hatten zu gewissen Zeiten bereits einen Arbeitsplatzabbau erwartet. Es könnte durchaus sein, dass sich die Sache noch positiv wendet, aber es kann auch anders kommen; das wissen wir noch nicht. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir im Departement nicht sofort weiss ich nicht was auf die Beine stellen müssen, wenn so etwas passiert: Wir haben wirtschaftsförderungs- und arbeitsmarktliche Instrumente, wir haben auch die nötigen Kontakte. Wir stehen insofern bereit wie die Feuerwehr in ihrem Magazin: Knopfdruck und loslassen. Es wird auch Druck von seiten der Regierung und mit der Behandlung dieser Interpellation auch von seiten des Parlaments in die Verhandlungen eingeworfen. Es ist nicht zum Vornherein aussichtslos. Eine Regierungsdelegation wird am 24. Oktober nächste Verhandlungen führen.

*Manfred Baumann.* Einzelne haben im Vorfeld von einer Wahlkampf-Interpellation gesprochen. Sie können es anschauen, wie Sie wollen. Mir ist es wichtig, dass das Sulzer-Thema aufgegriffen wird. Gewinne den Aktionären, Verluste der Allgemeinheit: Das ist ein Motto aus den Neunziger Jahren, aber so kann auch das Kapitel Sulzer betrachtet werden. Und dabei hatte ein Verwaltungsratspräsident noch den Mut, von einem sozialen Arbeitgeber zu reden bzw. die soziale Tradition in den Vordergrund zu stellen! Die Informationspolitik der Sulzer ist ein Beispiel dafür, wie harmlos heute die Sozialpartnerschaft und deren Stellenwert betrachtet wird. Die Antwort des Regierungsrats widerspiegelt dies zum

Teil ebenfalls. Wenn im Vorfeld «sulzerseitig keine Termine gefunden werden konnten», frage ich mich, wie ernst es der Firma mit ihrer Verantwortung sei. Betriebliche Arbeitsmarktzentren sind gut; diesbezüglich spielt der Kanton Solothurn eine beispielhafte Vorreiterrolle. Nun wird aber mit der Massnahme 51 eine Reduktion der arbeitsmarktlichen Massnahmen, die notabene mit Bundesgeldern finanziert werden, in Betracht gezogen.

Zur Antwort 1: Die Aussage betreffend Reduktion des Volumens der Bundesbeiträge spricht für sich. Mit einer Wirtschaftsförderungsoffensive ist wohl nicht zu rechnen. Das Angebot wird mit der Massnahme 50 reduziert, das war denn auch einer der Aufhänger für meine Interpellation. Die Antwort zur Frage 2 ist sehr ehrlich. Der Einfluss ist tatsächlich gering, und ich attestiere der Regierung durchaus, dass sie diesbezüglich alles unternimmt. In der Antwort 3 fällt mir Folgendes auf: Es wird sehr stark auf die positive Wirtschaftslage verwiesen. Diese Haltung scheint mir etwas gefährlich zu sein. Wir müssen aktiv bleiben und auch einen Ausbau betreiben und nicht einfach nur auf die Rahmenbedingungen setzen.

Es stellt sich die Frage, ob die Beziehungen zur Wirtschaft ausgebaut werden sollten. Für mich wäre dies eine sinnvolle, innovative Haltung, die mit einer Schlankheitskur für die Wirtschaftsförderung allerdings nicht vereinbar ist. Wir fordern die Verantwortlichen auf, alles zu unternehmen, damit die Arbeitsplätze bei Sulzer erhalten bleiben. Der Immobilienbereich soll nicht in den Vordergrund gerückt werden. Uns ist der Produktionsstandort wichtig und nicht die Unterstützung einer äusserst fragwürdigen Philosophie, wie sie zum Beispiel die Firma Feldschlösschen betrieben hat.

Wir sind von der Antwort teilweise befriedigt und danken für die Dringlicherklärung dieser Interpellation. Der Kantonsrat hat damit ein Signal gegeben, dass er die Anliegen der Beschäftigten bei Sulzer ernst nimmt.

117/2000

**SO\*: Massnahmen zur Reformierung der staatlichen Tätigkeiten und zur Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts**

(Weiterberatung, siehe S. 372)

Massnahme 26

Regionalisierung Museum Altes Zeughaus und Zentralbibliothek

*Silvia Petiti.* Mit dieser Massnahme will der Kanton zwei kantonale Kulturgüter an die Stadt Solothurn und an die Agglomerationsgemeinden abtreten. Mit der Regionalisierung des Museums Altes Zeughaus und der Zentralbibliothek verabschiedet sich der Staat Solothurn von seiner Geschichte und seiner Kultur, was bedeutet, dass er seine Identität verlieren wird. Im Kanton Solothurn gibt es 34 Museen, jedoch keine Museumspolitik mit einer Gesamtschau und entsprechender Prioritätensetzung, welche Museen und Sammlungen unterstützungswürdig sind und welche nicht. Hier wurden zwei Institutionen als nicht mehr unterstützungswürdig herausgepickt und in eine Massnahme verpackt. Richtigerweise müssten sie in zwei Massnahmen aufgeteilt sein. Das Museum Altes Zeughaus beherbergt den «Kriegsschatz» des Kantons Solothurn. Diese Sammlung hat einen sehr hohen kulturellen Wert von nationaler Bedeutung. Eigentlich müssten nicht die Agglomerationsgemeinden angezapft werden, sondern der Bund. Ich bin kein Fan von Waffen, aber hier geht es nicht darum, ob es Waffen oder Gemälde seien, sondern darum, dem Kanton ein Kulturgut zu erhalten. Die Zentralbibliothek ist gemäss Vertrag zwischen dem Kanton Solothurn und der Stadt Solothurn aus dem Jahr 1995 Stadt- und Kantonsbibliothek. 1761 wurde die Stadt- und 1883 die Kantonsbibliothek gegründet. 1930 entstand durch Zusammenschluss die Zentralbibliothek. Aus den Sammlungen der beiden grossen ursprünglich selbständigen Büchereien, zu denen die Professorenbibliothek, verschiedene Schenkungen und Nachlässe kamen, stammen wertvolle Handschriften, alte Drucke, Noten- und Grafikblätter, historische Foto- und Postkartensammlungen und eine sehr wertvolle Autografensammlung. Die Zentralbibliothek ist die grösste nicht universitäre Bibliothek der Schweiz. Sie verfügt neben Genf über die grösste Tonträgerausleihe der Schweiz. Es ist nicht übertrieben, wenn ich die Zentralbibliothek als Gedächtnis des Kantons bezeichne. Wenn die Massnahme 26 umgesetzt wird, ist Solothurn der einzige Kanton ohne Kantonsbibliothek.

Wer nicht aus Solothurn und Umgebung stammt, müsste jetzt eigentlich aufhorchen, denn es geht auch um sein geschichtliches Kulturgut. Neben der Stadt Solothurn leisten auch die Regionsgemeinden schon heute freiwillige Beiträge an den Betrieb der Zentralbibliothek. Leute, die von dieser Bibliothek profitieren, bezahlen Einschreibgebühren. Am Runden Tisch wurde diese Massnahme mehrheitlich abgelehnt.

Erst als die Agglomerationsgemeinden als Trägerschaft miteinbezogen wurden, fand sie eine Mehrheit. Die Agglomerationsgemeinden wollen jedoch die volle Trägerschaft für Zentralbibliothek und Museum Altes Zeughaus nicht. Was alle angeht, können nur alle tragen. Nach Meinung der SP-Fraktion soll sich der Kanton nicht vollständig aus den Kulturinvestitionen zurückziehen. Wir lehnen die Massnahme ab.

*Theo Stäubli.* Die Zentralbibliothek und das alte Zeughaus sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Die Zentralbibliothek hat einen gewissen Stellenwert, das ist klar. Das alte Zeughaus ist eher ein Tourismusobjekt. Das Zeughaus ist vor allem für die Stadt Solothurn von Bedeutung. Wenn die Stadt und die Agglomerationsgemeinden nicht daran interessiert sind, dann muss auch der Kanton nicht dafür einstehen. Die SVP-Fraktion befürwortet diese Massnahme.

*Stefan Liechti.* Die FdP/JL-Fraktion stimmt dieser Massnahme zu. Wir müssen uns aber fragen, was wir mit dieser Massnahme auslösen. Es müssen Verhandlungen aufgenommen werden mit dem Ziel, die finanzielle Belastung des Staates zu senken. In diesen Verhandlungen müssen sich beide Seiten auf etwas einigen. Das dürfte schwierig werden. Wir sind trotzdem dafür, diese Verhandlungen in Angriff zu nehmen.

*Kurt Fluri.* Als Stadtpräsident der Stadt Solothurn möchte ich mich auch zu dieser Massnahme äussern. Im alten Zeughaus ist durchaus auch die Mode des Mittelalters enthalten – einfach die Soldatenmode. Über die Bedeutung der beiden Institutionen ist von den Vorrednern alles gesagt worden. Der Kanton Solothurn steht mit dieser Massnahme im Gegenteil, denn andere Kantone anerkennen die Agglomerationsproblematik in Sachen Kultur, so hat z.B. der Kanton Zürich das Opernhaus von der Stadt Zürich übernommen. Ich verstehe die Haltung unseres Kantons, aber gleichzeitig muss ich sagen, dass die Stadt Solothurn bereits jetzt sehr hohe Kulturausgaben hat, nämlich rund 10% des Steuerertrages. Wir stehen gesamtschweizerisch damit etwa an vierter Stelle und lassen Städte wie Genf und Basel hinter uns. Wir verhalten uns nun etwas «bockig»; damit handeln wir im auch im Sinne der Weisungen des Amtes für Gemeinden, das uns regelmässig daran erinnert, dass wir keine neuen Verpflichtungen eingehen dürfen in Anbetracht unserer hohen Verschuldung. Ich bin bereit, auf Verhandlungen einzugehen, aber nur im Rahmen einer allgemeinen Agglomerationspolitik. Dann werden wir aber unsere drei heutigen Museen in die Diskussion einbringen, auch das BZ altes Spital und das Stadttheater. Diese Institutionen kosten uns Jahr für Jahr fünf Millionen.

*Walter Schürch.* Der Stadt Grenchen wurden seinerzeit Brunnen geschenkt, die dann im Unterhalt sehr teuer waren und die man besser weiterverschenkt hätte. Warum können wir nicht das Museum altes Zeughaus dem Bund schenken? Damit wäre das Problem gelöst.

#### Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 26

51 Stimmen

Dagegen

50 Stimmen

#### Massnahme 27

Flächendeckende Einführung von Globalbudgets und Verstärkung der Wirkungsorientierung mit Konzentration auf wesentliche Leistungen.

*Rolf Grütter.* Im Namen der CVP Fraktion spreche ich zu den Massnahmen 27, 28, 29 und 30. Wir befürworten alle diese Massnahmen, sie sind nötig auch im Zusammenhang mit WOV.

*Stefan Hug.* Die Massnahme 27 tönt auf den ersten Blick sehr gut, auch die SP Fraktion hat sich immer hinter WOV gestellt. Der Kanton Solothurn hat in diesem Bereich eine Pionierrolle inne und wird von anderen Kantonen dafür benieden. Hier geht es aber um die flächendeckende Einführung von WOV und das heute einfach so Hauruck zu beschliessen, ist nicht seriös. Wir wollen zuerst das Gesamtpaket WOV verabschieden und dann erst entscheiden, ob es nach der Pilotphase definitiv eingeführt werden soll. Zu meinen, man könne mit WOV sparen, ist falsch und sollte eigentlich allen hier Anwesenden bekannt sein. Wir lehnen aus diesen Gründen die Massnahme 27 ab und sind aber bereit, nach der Evaluation der Pilotphase wieder detailliert darüber zu diskutieren.

*Kurt Fluri.* Ich spreche ebenfalls zu den Massnahmen 27 bis 30 und in positivem Sinn. Wir haben in der letzten Session drei Aufträge überwiesen, einer davon war die flächendeckende Einführung von Globalbudgets nach der Einführung des Definitivums und nach Einführung eines entsprechenden Controllings.

Der Rat hat das damals beschlossen, und so ist es nur folgerichtig, auch heute diese Massnahmen gutzuheissen.

*Carlo Bernasconi.* Ich schliesse mich den Voten von Rolf Grütter und Kurt Fluri an. Wir sind für Unterstützung der Massnahmen 27 bis 30. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir damit unseriös handeln; wir haben hier mehrmals über Globalbudgets und WOV diskutiert und es ist klar, dass dies keine Sparübungen sein können. Es müssen Leistungen definiert und Ziele formuliert werden, und anschliessend werden die Ämter an ihren Leistungen gemessen. Ich konnte feststellen, dass dies bei einigen Kollegen so etwas wie ein Angstgefühl auslöst. Man kann nicht für WOV sein und meinen, man müsse dann nichts dafür tun.

Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 27

Mehrheit

Massnahme 28

Befristung von Erlassen im Leistungsbereich und wirkungsorientierte Ausgestaltung

Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 28

Mehrheit

Massnahme 29

Einführung eines Kosten- und Leistungsrechnungssystems

Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 29

Mehrheit

Massnahme 30

Verstärkung bzw. Aufbau dezentraler Controlling-Funktionen

Abstimmung

Für Annahme

Mehrheit

Massnahme 31

Verstärkung der Steuerungskomponenten im Lohnsystem

*Peter Bossart.* Im Namen der Fraktion CVP bitte ich Sie, die Massnahme 31 zu unterstützen. Wir brauchen gute und qualifizierte Leute und das bedeutet, dass marktgerechte Löhne bezahlt werden können. Die Regierung erhält mit dieser Massnahme die Möglichkeit, ihren Spielraum zu erweitern.

*Hans Loepfe.* Das heutige Lohnsystem ist unflexibel und wenig leistungsorientiert. In verschiedenen Bereichen ist es auch nicht mehr marktkonform. Bei der allfälligen Einführung eines Gesamtarbeitsvertrages ist eine Kompetenzdelegation vom Kantonsrat an den Regierungsrat Voraussetzung. Die Verwaltung braucht mehr Flexibilität und Spielraum. Die Fraktion FdP/JL stimmt deshalb grossmehrheitlich dieser Massnahme zu.

*Manfred Baumann.* Die SP Fraktion ist entschieden gegen die Massnahme 31. Das Staatspersonalgesetz ist momentan in Revision. Es ist nicht sinnvoll, im jetzigen Moment da einzugreifen. Wir fragen uns, was diese Massnahme überhaupt soll. Einerseits soll die Lohnsumme erhöht werden, das wiederum soll passieren mit Abbau von Stellen. Bei den Auswirkungen können wir lesen: Keine. Dass mit so etwas eine Person noch ein Expertenonorar verdient hat, ist nicht zu verstehen. Unabhängige Untersuchungen zeigen ebenfalls auf, dass die Einführung des Leistungslohns nicht unbedingt produktiv ist. Aufgrund der Marktsituation wird also kaum mit dieser Massnahme ein Anreiz geschaffen, beim Staat eine Tätigkeit anzunehmen. Wir haben bereits bei den Spitalberichten darauf hingewiesen, dass mittlerweile die Kosten für private Stellenvermittler höher sind als die Weiterbildungsetats. Aufhebung der Besitzstandsgarantie heisst nichts anderes als Lohnabbau und wie soll damit neues Personal rekrutiert werden? Die Massnahme ist klar widersprüchlich, einzelne Aspekte könnten weiterverfolgt werden. Die Massnahme



als ganzes ist abzulehnen, sie beruht auf Wunschenken und verkennt die Personalsituation im Kanton Solothurn. Ich bitte Sie, die Vorlage abzulehnen.

*Beat Käch.* Die Personalverbände und andere Teilnehmer am Runden Tisch haben sich gegen die Massnahme 31 gewehrt. Wir wehren uns auch heute dagegen. Diese Massnahme ist für uns sehr wichtig und je nachdem, ob sie abgelehnt oder angenommen wird, bedeutet das für uns eventuell eine Palastrevolution. Ursprünglich sah die Massnahme einen generellen Verzicht auf Teuerungszulagen vor und dafür einen Ausbau des Leistungsbonus auf 15 bis 20%, und dazu die Integration der Volksschul-Lehrerschaft in das Leistungslohnsystem. Man hat diese Komponenten schliesslich herausgenommen, die Massnahmen kommen nun moderater, aber auch allgemeiner daher. Das bedeutet für uns aber auch Ungewissheit, was sie schliesslich beinhalten. Die Bereso hatte trotz aller Mängel auch viel Gutes, sie hatte ein überschaubares System geschaffen, was für die Verwaltung nicht unbedeutend ist. Sie hat auch zu Rechtssicherheit in Lohnfragen geführt. Wir forderten auch immer, die Mängel der Bereso auszumerzen, was leider bis heute nicht passiert ist. Die Massnahme 31 ist für uns zu wenig genau definiert, sie öffnet die Tür zu einem völligen Umbau des Lohnsystems des Staatspersonals. Wird der Lebo ausgebaut, und wenn ja, um wieviel? Dazu steht nichts in der Massnahme. Wir machten eine Umfrage bei den Mitarbeitern, die ergab, dass der heutige Lebo von 2,5% sehr umstritten ist und willkürlich verteilt wird. Eine grosse Mehrheit des Staatspersonals fordert deshalb die Abschaffung und auf keinen Fall einen Ausbau des Lebo. Wir wehren uns auch gegen die Aufhebung der Besitzstandgarantie. Nur dank der Besitzstandgarantie konnte seinerzeit die Bereso eingeführt werden. Es besteht auch ein Rechtsgutachten, das bestätigt, dass die Abschaffung der Besitzstandgarantie rechtlich sehr fraglich ist. Wenn endlich wieder ein Teuerungsausgleich ausgerichtet werden könnte, würde sich das Problem Besitzstand von selbst lösen. Wir bitten Sie deshalb, diese Massnahme aus dem Paket SO+ herauszunehmen und abzulehnen. Zum Gesamtarbeitsvertrag: Wir haben signalisiert, dass wir hier gesprächsbereit sind und im Zusammenhang mit dem neuen Staatspersonalgesetz auch in der vorberatenden Kommission intensiv diskutieren.

*Christian Wanner,* Vorsteher des Finanz-Departementes. Die Diskussionen zur Massnahme 31 geben mir Gelegenheit, ein paar personalpolitische Ausführungen zu machen. Ich habe volles Verständnis dafür, dass Strukturveränderungen bei Leuten, die in diesen Bereichen tätig sind und die gute Arbeit leisten, Ängste auslösen können. Ich muss aber darauf hinweisen, dass rechtlich abgesichert im Paket SO+ und im revidierten Staatspersonalgesetz Massnahmen vorgesehen sind, die jedem Vergleich im privatwirtschaftlichen Bereich in Sachen Sozialverträglichkeit standhalten. Das war für die Regierung von Anfang an ein absolutes Muss. Wir können nicht von der Privatwirtschaft einen höheren Standard verlangen als der Staat sich allenfalls selbst gibt. Die entsprechenden Massnahmen gehen relativ weit insofern als wir einzelfallbezogen, ich betone einzelfallbezogen, handeln können. Ich verstehe einzelne Bedenken wohl, aber ich kann nicht verstehen, wenn man uns unterstellen will, die Regierung wolle die soziale Frage in der Massnahme ausklammern. Ich möchte den Argumenten von Manfred Baumann entgegentreten. Mit der Massnahme 31 wollen wir nicht, wie unterstellt, in der Revision des Staatspersonalgesetzes «umherwühlen», sondern der Kantonsrat könnte der Regierung eine gewisse Stossrichtung angeben, wie er zu mehr Flexibilität im Lohnsystem, aber auch in Richtung Gesamtarbeitsverträgen weiter vorgehen könnte. Zur Bemerkung, die Regierung würde Stellen abbauen, um die Lohnsumme vergrössern zu können: Der Stellenabbau ist impliziert in die Massnahmen SO+ im Bereich der Strukturveränderungen, aber wir würden nie sagen, man müsse nun Stellen abbauen, nur um die Lohnsumme erhöhen zu können. Ob ein Lebo die Leistung erhöht oder nicht, dazu gibt es verschiedene Meinungen. Ich bin Anhänger der Theorie, dass jemand, der eine schlechte Leistung erbringt, nicht unbedingt eine bessere mit Lebo erbringt. Aber wir können die Leute, die überdurchschnittlich «am Karren ziehen», zumindest mit dem Lebo die gute Leistung etwas besser honorieren. Der Bund sieht übrigens etwas ähnliches für sein Personal vor. Zur Bemerkung von Beat Käch, die Leistungskomponente sei oft willkürlich: Die Ausrichtung eines Leistungslohnes kann tatsächlich eine gewisse Subjektivität beinhalten, genauso wie die Beurteilung eines Menschen nie der völligen Objektivität verpflichtet ist, das weiss Beat Käch auch als Lehrer. Zusätzlich kann ich versichern, dass es der Regierung nicht einfallen wird, nun plötzlich mit dem Leistungsbonus von 2,5 Prozent auf 15 bis 20 Prozent zu gehen. Und selbst wenn wir das wollten, wäre dann eine Mehrheit im Kantonsrat dagegen. Zusammenfassend möchte ich Ihnen die Annahme der Massnahme empfehlen.

*Manfred Baumann.* Ich möchte kurz auf mein Votum zurückkommen. Es gibt in der Massnahme zwei Sätze, die mich zu meinen Worten bewegt haben. Der eine lautet: «Die dazu notwendigen finanziellen Mittel sind primär durch Erhöhung der durchschnittlichen individuellen Lohnsumme (z.B. Abbau von Stellen; Aufhebung der Besitzstandgarantie) bereitzustellen. Der zweite Satz heisst: «Quantitative Wir-

kungen: Bleibt offen bis nach der Erarbeitung eines Detailkonzepts». Ich habe daraus meine Schlüsse gezogen.

#### Abstimmung

Für die Massnahme 31

67 Stimmen

Dagegen

40 Stimmen

#### Massnahme 32

Neustrukturierung der regionalen Verwaltung

*Rudolf Rüegg.* Die SVP Fraktion wird dieser Massnahme mit Vorbehalten zustimmen. Es ist die Fortsetzung eines bereits eingeschlagenen Weges und geht in Richtung zentralistisches Verwaltungssystem. Bereits mit der Zusammenlegung der Amteien haben wir diesen Weg «weg von regionalen Verwaltungsstrukturen» miterlebt. Wir unterstützen grundsätzlich eine Reorganisation der Staatsverwaltung, aber historisch gewachsene Strukturen sollten nicht ohne zwingende Gründe aufgegeben werden. Der Dienst am Kunden sollte eigentlich vor Ort erbracht werden können. Wir haben Bedenken, dass Auswüchse bei der Umsetzung dieser Massnahme die wahren Ziele verwässern könnten. Nicht immer erhöht eine Zusammenlegung von Dienstleistungen den Kundennutzen. Nebst den betriebswirtschaftlichen Vorteilen sollten auch die regionalen Standortvorteile und die Bürgernähe in die Überlegungen mit einbezogen werden. Die SVP wird die Umsetzung dieser Massnahme sehr kritisch begleiten.

*Stephan Jäggi.* In der CVP Fraktion weiss man, dass es anfangs der neunziger Jahre einmal eine Vorlage zu vier Regionen gab. Das wurde vom Regierungsrat ausgearbeitet und führte schliesslich zu einer Volksabstimmung, die uns zum heutigen Zustand gebracht hat. Wir stehen zu dieser Vorlage, die zu einer Konzentration im Raum Solothurn führte. Wir möchten aber nicht, dass es drei Regionen gibt.

*Hans Waldner.* Dies ist ein altes Anliegen, neu verpackt. Wir alle haben die Abstimmung von 1999 in bester Erinnerung, die Vorlage wurde damals vom Volk verworfen. Wir sind aber der Meinung, dass zur Effizienzsteigerung der regionalen Verwaltung eine Strukturveränderung nötig und möglich ist. Die Fraktion FdP/JL ist deshalb für die Annahme dieser Massnahme nach dem Motto: stetes Tropfen höhlt den Stein.

#### Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 32

Mehrheit

#### Massnahme 33

Sistierung Mitfinanzierung des Kantons bei der Erhöhung des Deckungsgrades der Pensionskasse

*Anton Immeli.* Die CVP Fraktion befürwortet diese Massnahme mehrheitlich. Wir sind uns aber bewusst, dass dies nur mit einer Statutenrevision machbar ist und dass diese nicht nur vom Kantonsrat, sondern auch von der Delegiertenversammlung vorgeschlagen werden müsste. Diese Massnahme ist deshalb in erster Linie ein Wunschauftrag. Wir sind uns bewusst, dass ein erhöhter Deckungsgrad nur durch eine höhere Anlagenrendite an der Börse erreicht werden kann, was wiederum mit höherem Risiko verbunden wäre. Bei den qualitativen Wirkungen der Massnahme 33 können wir lesen: «Die jeweilige Differenz zu 100 Prozent Deckungsgrad bleibt als Eventualverpflichtung des Kantons (oder als Staatsschuld) bis auf weiteres bestehen». Wir könnten genauso gut oder besser sagen: die Eventualverpflichtung bleibt bis auf weiteres als Schuld des Steuerzahlers bestehen. Das wäre den Tatsachen Rechnung getragen. Ich bin im übrigen der Meinung, dass es sich hier nicht um eine echte Sparmassnahme handelt, sondern eine Verschiebung eines Loches zu einem andern Loch. Ein Loch mit einem andern Loch zu stopfen, so etwas kann wahrscheinlich nur der Staat.

*Theo Stäubli.* Die Pensionskasse ist nicht gerade ein Goldesel für den Kanton, hat aber diesem Kanton in den letzten Jahren auch gedient, das kann Finanzdirektor Christian Wanner wohl bestätigen. Mit den Investitionen in diverse Gebäude u.a. für die Fachhochschulen hat der Kanton profitiert und muss nun einfach die Zinsen dafür aufbringen. Der Kantonsrat hat seinerzeit die Forderung von 100 Prozent Deckungsgrad gestellt. Diese Forderung ist immer noch richtig und ich glaube daran, dass es den Verantwortlichen gelingen wird, innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre diesen Deckungsgrad zu erreichen. Die vorhin erwähnte Eventualverpflichtung bedeutet für mich so etwas wie eine Bürgschaft des Staates. Die SVP Fraktion empfiehlt, dieser Massnahme ohne wenn und aber zuzustimmen.

*Hans Loepfe.* Wir hoffen und erwarten, dass die Pensionskasse den angestrebten Deckungsgrad in absehbarer Zeit mit eigenen Mitteln erreichen kann. Im Grundsatz kann ich mich den beiden Vorrednern anschliessen. Die Fraktion FdP/JL wird der Massnahme mit grossem Mehr zustimmen.

*Beat Käch.* Für das Staatspersonal bedeutet dies eindeutig eine Verzögerung der Gesundung der Pensionskasse. Wir wehren uns nicht prinzipiell gegen diese Massnahme, betonen aber gleich wie Anton Immeli, dass es sich hier um einen Wunschauftrag handelt. Das Staatspersonal könnte tatsächlich die Vorlage verhindern und in diesem Sinne wären die jährlich acht Millionen noch nicht beschlossen. Wir glauben ebenfalls, dass die Pensionskasse den Deckungsgrad langsam steigern kann, aber auch hier könnte man wieder von einem Opfer des Staatspersonals zugunsten der Gesundung der Staatsfinanzen sprechen.

Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 33

Mehrheit

Massnahme 34

Neue Finanzierung der Teuerungszulagen auf den Renten

*Anton Immeli.* Diese Massnahme wurde eigentlich bereits beschlossen bei der Annahme der Teuerungsregelung. Die bestehende Regelung ist bekanntlich befristet bis 2002. Ohne Änderung würde die bestehende Regelung für den Kanton in den nächsten Jahren sehr teuer werden. Aber: es müssen beide Seiten einverstanden sein, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die CVP Fraktion stimmt der Massnahme mehrheitlich zu.

*Max Rötheli.* Die SP Fraktion lehnt die Massnahme mehrheitlich ab. Wir sehen in der Massnahme einen weiteren Abbau an den Versicherten. Die genauen Auswirkungen sind nicht bekannt. Die teuerungsbedingten Rentenanpassungen sind bis Ende 2002 sowieso sistiert. Ohne Änderung wird, wie in der Massnahme richtig gesagt wird, der Beitragsmechanismus ab 2003 wieder voll greifen. Die schon länger geforderte Statutenänderung muss gesamtheitlich angegangen und bis Ende 2002 vollzogen sein. In einer gesamtheitlichen Betrachtung kann eine Änderung des Systems in Bezug auf die teuerungsbedingten Rentenanpassungen geprüft werden. Für die SP ist es wichtig, heute nicht einen «Schnellschuss» zu produzieren, sondern eine Gesamtrevision der Statuten mit einer breit gestreuten Vernehmlassung bei den involvierten Verbänden durchzuführen. Bevor nicht eine Diskussionsgrundlage über eine Gesamtrevision der Statuten vorliegt, lehnen wir es ab, aus der heutigen Optik einen Prüfungsauftrag zu erteilen.

*Hans Loepfe.* Die Finanzierung der Pensionskasse wird vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren neu geregelt. Für die Ausrichtung der Teuerungszulagen auf den Renten muss auch das nötige Kapital vorhanden sein. Weil dies zur Zeit nicht der Fall ist, muss der Automatismus für die Ausrichtung der Teuerungszulage gemäss BIGA-Index abgeschafft und in neuen Verhandlungen neu geregelt werden. Die FdP/JL-Fraktion stimmt dieser Massnahme mit grossem Mehr zu.

*Peter Lüscher.* Die SVP-Fraktion stimmt der Massnahme zu und beglückwünscht den Regierungsrat dazu, rechtzeitig das Gespräch aufgenommen zu haben, um die Statuten fristgerecht zu revidieren.

*Beat Käch.* Auch diese Massnahme kann nur mit dem Einverständnis der Delegiertenversammlung durchgeführt werden und ich frage Regierungsrat Christian Wanner jetzt, ob es wirklich so ist, dass eine Statutenrevision vorgesehen ist. Ich möchte wissen, wann sie vorgesehen ist, denn dann ist es möglich, die Fragen in diesem Rahmen zu behandeln. Wann etwa könnte dann die Revision abgeschlossen sein?

*Christian Wanner, Vorsteher des Finanz-Departementes.* Es braucht selbstverständlich nur eine Teilrevision der Statuten für diese Massnahme. Im Moment geht die Meinung der Verwaltung dahin, dass man bei dieser Gelegenheit auch eine Gesamtrevision der Statuten vornehmen könnte. Die Vorarbeiten wurden von der Verwaltungskommission bereits eingeleitet, weil ohnehin durch die Massnahme die Finanzierung der Teuerung auf den Renten neu geregelt werden müsste. Ab 2003 würde die Finanzierung der Teuerung rein arbeitgeberseitig erfolgen, das können wir uns nicht leisten. Es braucht also eine Revision der Statuten und damit die Mitwirkung der Delegiertenversammlung.

Abstimmung

Für Annahme der Massnahme 34

67 Stimmen

Dagegen

32 Stimmen

Die Verhandlungen werden von 12.00 bis 13.30 Uhr unterbrochen.